

2010 / Nr. 42 vom 15. Juni 2010

**108. Satzung der Universität für Weiterbildung Krems
(*Wiederverlautbarung*)**

Anpassungen im studienrechtlichen Teil (Teil II der Satzung) aufgrund der Novelle des UG 2002 und Ergänzung durch Teil VIII der Satzung (Berufungsverfahren).

108. Satzung der Universität für Weiterbildung Krets (Wiederverlautbarung)

I. Teil

Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder in den Senat der Universität für Weiterbildung Krets

II. Teil

Studienrechtliche Bestimmungen
Monokratisches Organ für Studienangelegenheiten

III. Teil

Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen
Koordinationsstelle für Frauenförderung und Geschlechterforschung

IV. Teil

Frauenförderungsplan der Universität für Weiterbildung Krets

V. Teil

Evaluierung

VI. Teil

Einbindung von Absolventinnen und Absolventen

VII. Teil

Akademische Ehrungen

VIII. Teil

Berufungsverfahren

I. TEIL

Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder in den Senat der Universität für Weiterbildung Krets

Geltungsbereich

§ 1. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung gelten für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Senats der Universität für Weiterbildung Krets.

Sprachliche Gleichbehandlung

§ 2. Die in dieser Wahlordnung verwendeten personenbezogenen Ausdrücke umfassen Frauen und Männer gleichermaßen.

Wahlgrundsätze

§ 3.

- (1) Die Mitglieder der im Senat vertretenen Personengruppen sind auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechtes nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes zu wählen.
- (2) Die Wahl erfolgt für eine Funktionsperiode von drei Jahren. Die Funktionsperiode beginnt mit dem Tag der Konstituierung des Senats.

Aktives und passives Wahlrecht

§ 4.

- (1) Das aktive und passive Wahlrecht steht allen Personen zu, die am Stichtag den in § 25 Abs. 3 UG 2002 genannten Personengruppen angehören. Als der für das aktive und passive Wahlrecht maßgebliche Stichtag wird der Tag der Ausschreibung der Wahl im Mitteilungsblatt festgesetzt.
- (2) Der im Amt befindliche Rektor sowie die im Amt befindlichen Vizerektoren und Mitglieder des Universitätsrates sind gemäß § 20 Abs. 2 UG 2002 nicht passiv wahlberechtigt.

Wahlorganisation

§ 5. Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl obliegen dem Rektor. Der Rektor hat spätestens eine Woche nach der Wahlkundmachung ein Verzeichnis der am Stichtag aktiv Wahlberechtigten zu erstellen. Das Wählerverzeichnis ist eine Woche lang zur Einsicht durch die aktiv Wahlberechtigten aufzulegen. Während dieser Auflagefrist kann gegen das Verzeichnis schriftlich Einspruch erhoben werden. Darüber hat der Rektor längstens drei Arbeitstage nach Ende der Auflagefrist zu entscheiden. Die Entscheidung des Rektors ist endgültig.

Wahlkundmachung

§ 6.

- (1) Der Rektor setzt Ort und Zeit der Wahl fest.
- (2) Die Ausschreibung der Wahl ist spätestens acht Wochen vor der Wahl im Mitteilungsblatt der Universität für Weiterbildung Krems kundzumachen. Die Wahlkundmachung hat zu enthalten:
 1. den Tag, den Ort und die Zeit der Wahl;
 2. den Stichtag für das Bestehen des aktiven und passiven Wahlrechts;
 3. die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter (§ 25 Abs. 2 und Abs. 3a UG 2002);
 4. den Zeitraum und den Ort für die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis sowie für die Erhebung eines Einspruchs gegen das Wählerverzeichnis;
 5. die Aufforderung, dass Wahlvorschläge spätestens sechs Wochen vor dem ersten Wahltag schriftlich beim Rektor eingelangt sein müssen, widrigenfalls sie nicht berücksichtigt werden können;
 6. die Bestimmung, dass jeder Wahlvorschlag mindestens 40% Frauen aufzunehmen hat (§ 25 Abs. 4a UG 2002);
 7. die Bestimmung, dass ein Wahlvorschlag mindestens so viele wählbare Mitglieder zu umfassen hat, wie für die jeweilige Personengruppe Mandate zu vergeben sind und nicht mehr Bewerberinnen und Bewerber als die vierfache Anzahl der zu wählenden Mitglieder enthalten darf;
 8. die Vorschrift, dass Stimmen gültig nur für zugelassene Wahlvorschläge abgegeben werden können;

Zeit und Ort der Wahlen

§ 7. Der Rektor hat darüber zu entscheiden, ob die Wahl an einem oder an mehreren Tagen durchgeführt werden soll. Wird die Wahl an mehreren Tagen durchgeführt, hat der Rektor geeignete Maßnahmen festzulegen, die sicherstellen, dass jeder Wahlberechtigte nur einmal sein Wahlrecht ausüben kann.

Wahlvorschläge

§ 8

- (1) Jeder aktiv Wahlberechtigte kann bis spätestens sechs Wochen vor dem Wahltag beim Rektor Wahlvorschläge für die Wahl einbringen. Ein Wahlvorschlag hat mindestens so viele wählbare Mitglieder zu umfassen, als für die jeweilige Personengruppe Mandate zu vergeben sind. Ein Wahlvorschlag darf nicht mehr Wahlwerberinnen und Wahlwerber als die vierfache Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter enthalten. Einzelbewerbungen sind zulässig.
- (2) Jeder passiv Wahlberechtigte darf nur auf einem Wahlvorschlag enthalten sein. Die Wahlwerber haben auf dem Wahlvorschlag mit ihrer eigenhändigen Unterschrift ihre Kandidatur zu bestätigen. Bei Fehlen der Unterschrift zum Zeitpunkt der Verlautbarung des Wahlvorschlages durch den Rektor ist der Wahlwerber aus dem Wahlvorschlag zu streichen.

- (3) Der Rektor hat die überreichten Wahlvorschläge zu prüfen und vorhandene Bedenken umgehend dem Vertreter des Wahlvorschlages mitzuteilen. Als Vertreter des Wahlvorschlages gelten die Wahlwerber in der im Wahlvorschlag genannten Reihenfolge. Wahlwerber, denen die Wählbarkeit fehlt, sind aus dem Wahlvorschlag zu streichen. Nicht zuzulassen sind verspätet eingebrachte Vorschläge und Vorschläge, die keinen einzigen wählbaren Wahlwerber enthalten.
- (4) Die zugelassenen Vorschläge sind dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen zu übermitteln (§ 25 Abs. 4a UG 2002). Dieser hat binnen einer Woche zu entscheiden, ob der Wahlvorschlag einen ausreichenden Frauenanteil enthält. Wird binnen dieser Frist Einrede an die Schiedskommission erhoben (§ 42 Abs.8c UG), so hat diese binnen 14 Tagen über die Rechtmäßigkeit des Wahlvorschlages zu entscheiden (§ 43 Abs. 1 Z 4 UG 2002). Entscheidet sie, dass die Einrede zu Recht erhoben wurde, so hat die Wahlleitung den Wahlvorschlag an die wahlwerbende Gruppe zu Verbesserung zurückzuweisen und dieser dafür eine Frist zu setzen. Über die Zulassung entscheidet der Rektor dann endgültig.
- (5) Die zugelassenen Wahlvorschläge sind frühestens zwei Wochen und spätestens eine Woche vor dem ersten Wahltag zu verlautbaren.
- (6) Der Rektor hat unverzüglich nach Feststellung der zugelassenen Wahlvorschläge für jede Personengruppe einen Stimmzettel aufzulegen, in den alle zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Einlangens aufzunehmen sind.
- (7) Sind keine Wahlvorschläge eingelangt, ist jeder passiv Wahlberechtigte am Stimmzettel oder auf einem Aushang in der Wahlzelle anzuführen.
- (8) Ist die Zahl einer Personengruppe nicht größer als die Zahl der auf diese Personengruppe zu entfallenden Mandate hat die Wahl für diese Personengruppe zu entfallen.

Durchführung der Wahl

§ 9.

- (1) Der Rektor leitet die Wahl. Er oder ein von ihm nominierter Vertreter (Wahlleiter) hat für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl zu sorgen.
- (2) Über den Ablauf der Wahl ist eine Niederschrift zu führen. Die Niederschrift hat jedenfalls zu enthalten: die Zahl der Wahlberechtigten, die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, die Gesamtzahl der gültigen Stimmen, die Zahl der ungültigen Stimmen, die Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Stimmen und Mandate sowie die Namen der gewählten Personen.
- (3) Die Wahlen sind geheim durchzuführen. Die Wahl wird durch persönliche Abgabe des Stimmzettels am Wahlort vorgenommen. Der Wähler hat dem Wahlleiter seine Stimmberechtigung nachzuweisen.
- (4) Der Wähler kann seine Stimme gültig nur für einen der zugelassenen Wahlvorschläge abgeben. Der Stimmzettel ist gültig ausgefüllt, wenn aus ihm eindeutig zu erkennen ist, welchen Wahlvorschlag der Wähler wählen wollte.
- (5) Mit dem Ablauf der in der Wahlkundmachung festgesetzten Zeit hat der Wahlleiter die Stimmabgabe für beendet zu erklären.
- (6) Eine Briefwahl ist unzulässig.

Ermittlung des Wahlergebnisses

§ 10.

- (1) Unmittelbar nach Beendigung der Stimmabgabe hat der Wahlleiter die Wahlurne zu öffnen, die Gültigkeit der Stimmzettel zu prüfen und nach Auszählung der Stimmen die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, die Zahl der ungültigen Stimmen und die Zahl der für jeden zugelassenen Wahlvorschlag gültig abgegebenen Stimmen festzustellen. Die Wahlakten sind danach dem Rektor zu übergeben.
- (2) Wird die Wahl an verschiedenen Tagen durchgeführt, ist die Gesamtheit der an allen Tagen abgegebenen Stimmen für die Ermittlung des Wahlergebnisses maßgebend.
- (3) Der Rektor hat die Zahl der auf die zugelassenen Wahlvorschläge entfallenden Mandate mittels der Wahlzahl zu ermitteln. Die Wahlzahl ist wie folgt zu berechnen: Die Summen der für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen sind, nach ihrer Größe geordnet, nebeneinander zu schreiben; unter jeder dieser Summen ist ihre Hälfte, unter diese ihr Drittel, Viertel und nach Bedarf auch ihr Fünftel, Sechstel usw. zu schreiben. Die Wahlzahl ist in Dezimalzahlen zu errechnen. Ist ein Mandat zu vergeben, so gilt als Wahlzahl die größte, sind zwei Mandate zu vergeben, so gilt als Wahlzahl die zweitgrößte, sind drei Mandate zu vergeben, so gilt als Wahlzahl die drittgrößte, sind vier Mandate zu vergeben, so gilt als Wahlzahl die viertgrößte usw. der angeschriebenen Zahlen. Jedem Wahlvorschlag sind so viele Mandate zuzuteilen, als die Wahlzahl in der Summe der für ihn abgegebenen Stimmen enthalten ist. Haben nach dieser Berechnungsmethode mehrere Wahlvorschläge den gleichen Anspruch auf ein Mandat, so entscheidet das Los.
- (4) Den in dem Wahlvorschlag angegebenen Wahlwerbenden werden die auf den Wahlvorschlag entfallenden Mandate in der Reihenfolge ihrer Nennung zugeteilt. Die auf einem Wahlvorschlag den gewählten Vertretern folgenden Wahlwerber sind nach der Reihe ihrer Nennung Ersatzmitglieder.
- (5) Wird nur ein Wahlvorschlag eingebracht, sind die auf dem Wahlvorschlag gereihten Wahlwerber gewählt. Die zu vergebenden Mandate sind den Wahlwerbenden entsprechend ihrer Reihung auf dem Wahlvorschlag zuzuteilen. Die auf dem Wahlvorschlag den gewählten Vertretern folgenden Wahlwerber sind nach der Reihe ihrer Nennung Ersatzmitglieder.
- (6) Ersatzmitglieder treten bei einer Verhinderung von gewählten Vertretern für die Dauer der Verhinderung sowie im Falle des Erlöschens der Mitgliedschaft von gewählten Vertretern für den Rest der Funktionsperiode an deren Stelle.
- (7) Der Rektor stellt das Wahlergebnis fest. Das Wahlergebnis ist im Mitteilungsblatt der Universität für Weiterbildung Krets zu verlautbaren.

Wahlanfechtung

§ 11.

- (1) Begründete Einsprüche wegen Verletzung der Bestimmungen über das Wahlverfahren können bis spätestens 10 Werktage nach Kundmachung des Wahlergebnisses im Mitteilungsblatt von jeder/jedem aktiv und passiv Wahlberechtigten schriftlich beim Rektor eingebracht werden.

- (2) Der Rektor hat die Wahl aufzuheben, wenn wesentliche Bestimmungen verletzt wurden und wenn bei Einhaltung dieser Bestimmungen ein anderes Ergebnis hätte zustande kommen können. Richtet sich der Einspruch lediglich gegen die zahlenmäßige Ermittlung des Wahlergebnisses oder gegen rechnerische Ermittlungen bei der Mandatszuweisung, hat der Rektor den Einspruch zu prüfen und unrichtige Ermittlungen richtigzustellen, die erfolgten Verlautbarungen erforderlichenfalls zu widerrufen sowie das richtige Wahlergebnis zu verlautbaren.
- (3) Einsprüche gemäß Abs. 1 und 2 haben im Hinblick auf die Rechtsgültigkeit und Rechtswirksamkeit der Wahl keine aufschiebende Wirkung.
- (4) Nach rechtskräftiger Aufhebung hat der Rektor innerhalb von 4 Wochen eine neue Wahl auszuschreiben.

Rücktritt von Mitgliedern

§ 12. Mitglieder des Senats können während einer Funktionsperiode jederzeit ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist gegenüber dem Vorsitzenden des Senats abzugeben. Dieser hat den Rektor unverzüglich über den Rücktritt zu informieren.

Erlöschen der Mitgliedschaft/Ersatzmitgliedschaft

§ 13. Die Mitgliedschaft/Ersatzmitgliedschaft zum Senat endet in folgenden Fällen:

1. durch Rücktritt;
2. durch Verlust der Zugehörigkeit zur betreffenden Personengruppe;
3. durch Tod;

Die oder der Vorsitzende des Senats hat den Rektor unverzüglich über das Vorliegen eines Grundes nach Z 1 bis 3 zu informieren.

II. TEIL

Studienrechtliche Bestimmungen Monokratisches Organ für Studienangelegenheiten

§ 1. Begriffsbestimmungen

In dieser Satzung gelten zusätzlich zu den in § 51 Abs. 2 UG 2002 definierten Begriffen folgende Begriffsbestimmungen:

(1) Fächer

1. Fächer sind Studienteile, deren Inhalte im Regelfall durch mehrere zusammenhängende Lehrveranstaltungen vermittelt werden;
2. Pflichtfächer sind die für ein Studium kennzeichnenden Fächer, über die Prüfungen abzulegen sind;
3. Wahlfächer sind die Fächer, aus denen die Studierenden nach den im Curriculum festgelegten Bedingungen auszuwählen haben und über die Prüfungen abzulegen sind.

(2) Prüfungen

1. Fachprüfungen dienen dem Nachweis der Kenntnisse und Fähigkeiten in einem Fach;
2. Gesamtprüfungen dienen dem Nachweis der Kenntnisse und Fähigkeiten in mehr als einem Fach;
3. Einzelprüfungen sind Prüfungen, die jeweils von einzelnen Prüferinnen/Prüfern durchgeführt werden;
4. Kommissionelle Prüfungen werden von Prüfungssenaten durchgeführt;
5. Mündliche Prüfungen sind Prüfungen, bei denen die Prüfungsfragen mündlich zu beantworten sind. Sie sind öffentlich zugänglich, die Beschränkung des Zutritts aus räumlichen Gründen ist zulässig;
6. Schriftliche Prüfungen sind Prüfungen, bei denen die Prüfungsfragen schriftlich zu beantworten sind;
7. Prüfungsarbeiten sind die praktischen, experimentellen, theoretischen oder schriftlichen Arbeiten, die im Rahmen von Prüfungen zu erbringen sind;
8. Lehrveranstaltungsprüfungen dienen dem Nachweis der Kenntnisse und Fähigkeiten, die durch einzelne Lehrveranstaltungen vermittelt wurden;
9. Abschlussprüfungen sind Prüfungen, die in den Universitätslehrgängen abzulegen sind. Mit der positiven Beurteilung aller Teile einer Abschlussprüfung wird der betreffende Universitätslehrgang abgeschlossen.

(3) Lehrveranstaltungstypen

1. Praxis ist die Verrichtung einer Tätigkeit, die losgelöst vom universitären Studienbetrieb der Erprobung und praxisorientierten Anwendung der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie zum Sammeln praktischer Erfahrungen in möglichen Anwendungsgebieten dient.
2. Im Curriculum können insbesondere folgende Arten von Lehrveranstaltungen festgelegt werden: Vorlesungen, Tutorien, Kurse, Proseminare, Übungen, Seminare, Privatissima, Arbeitsgemeinschaften, Praktika, Exkursionen, Exkursionen verbunden mit Übungen und Praktika.
3. Lehrveranstaltungstypen, die in bestehenden Curricula vorgesehen sind, bleiben unberührt.
4. Das Kontaktstundenausmaß ist die Zeit, in der Lehrende und Studierende im Rahmen von Lehrveranstaltungen zum Zweck der Vermittlung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Methoden zusammentreffen.

(4) Begriffsdefinition

Lehrveranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter sind Lehrveranstaltungen, bei denen die Beurteilung nicht nur auf Grund eines einzigen Prüfungsaktes am Ende der Lehrveranstaltung, sondern auch auf Grund einer begleitenden Erfolgskontrolle der Teilnehmenden erfolgt.

§ 2. Monokratisches Organ für Studienangelegenheiten

(1) Einrichtung, Bestellung und Abberufung

1. Gemäß § 19 (2) Z 2 UG 2002 wird ein monokratisches Organ für die Vollziehung der studienrechtlichen Bestimmungen in erster Instanz eingerichtet.
2. Das monokratische Organ führt die Funktionsbezeichnung Studiendirektorin oder Studiendirektor.
3. Die Studiendirektorin / der Studiendirektor unterliegt der Fachaufsicht des Senats und der Dienstaufsicht des Rektorats.
4. Zur Studiendirektorin / zum Studiendirektor ist eine mit den Angelegenheiten des Studienbetriebes und des Studienrechts vertraute Person zu bestellen.
5. Der Senat kann durch geeignete Maßnahmen eine für die Funktion geeignete Mitarbeiterin oder einen für die Funktion geeigneten Mitarbeiter der Universität ausfindig machen oder die Funktion der Studiendirektorin oder des Studiendirektors im Mitteilungsblatt ausschreiben.
6. Die Studiendirektorin / der Studiendirektor wird vom Senat für eine Funktionsperiode von drei Jahren bestellt. Wiederbestellung ist unbeschränkt zulässig. Das Rektorat kann den Beschluss des Senats aus schwerwiegenden Gründen zurückweisen.
7. Die Rektorin oder der Rektor hat mit der Studiendirektorin / dem Studiendirektor erforderliche Arbeitsverträge abzuschließen oder erforderliche dienstrechtliche Verfügungen zu erlassen.
8. Die Studiendirektorin / der Studiendirektor kann vom Senat mit Zweidrittelmehrheit wegen schwerer Pflichtverletzung, einer strafgerichtlichen Verurteilung, wegen mangelnder körperlicher oder geistiger Eignung oder wegen eines begründeten Vertrauensverlustes abberufen werden. Im Falle der Abberufung hat die Rektorin oder der Rektor entsprechende dienstrechtliche Verfügungen zu erlassen.
9. Die Studiendirektorin / der Studiendirektor hat zur Vertretung im Verhinderungsfall mit Zustimmung des Senats eine geeignete Person zu bestellen.

(2) Verfahren in studienrechtlichen Angelegenheiten

1. In studienrechtlichen Verfahren ist das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG 1991) anzuwenden.
2. Gegen die Entscheidungen der Studiendirektorin / des Studiendirektors ist das Rechtsmittel der Berufung an den Senat zulässig.
3. Der Senat kann für die Tätigkeit der Studiendirektorin / des Studiendirektors Richtlinien erlassen.

(3) Aufgaben der Studiendirektorin / des Studiendirektors

1. Der Studiendirektorin / dem Studiendirektor kommen insbesondere folgende Aufgaben zu:

- a. Verleihung akademischer Grade bzw. Bezeichnungen per Bescheid an die Absolventinnen und Absolventen von Universitätslehrgängen (§ 87 Abs. 2 UG 2002);
- b. Widerruf inländischer akademischer Grade (§ 89 UG 2002);
- c. Nichtigerklärung der Beurteilung einer Prüfung im Fall der Erschleichung der Anmeldung zur Prüfung (§ 74 Abs. 1 UG 2002) bzw. wenn die Beurteilung einer Prüfung oder wissenschaftlichen Arbeit, insbesondere durch die Verwendung unerlaubter Hilfsmittel, erschlichen wurde (§ 74 Abs. 2 UG 2002);
- d. Ausstellung von Zeugnissen über Studienabschlüsse (§ 75 Abs. 3 UG 2002);
- e. Anerkennung von positiv beurteilten Prüfungen gem. Anerkennungsrichtlinien der Universität für Weiterbildung Krems.
- f. Anerkennung wissenschaftlicher Tätigkeit in Betrieben oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die eine wissenschaftliche Berufsvorbildung vermitteln können, als Prüfung (analog § 78 Abs. 3 UG 2002);
- g. Feststellung der Gleichwertigkeit von im Ausland durchzuführenden Teilen eines Studiums bzw. abzulegender Prüfungen ("Vorausbescheid") (analog § 78 Abs. 5 UG 2002);
- h. Aufhebung von negativ beurteilten Prüfungen bei schwerem Mangel in der Durchführung (§ 79 Abs. 1 UG 2002);
- i. Vorsorge für die Sicherstellung der Aufbewahrung der den Studierenden nicht ausgehändigten Beurteilungsunterlagen für die Dauer von mindestens sechs Monaten ab Bekanntgabe der Beurteilung (§ 84 Abs. 1 UG 2002);
- j. Genehmigung des Antrags auf Ausschluss der Benutzung von an die Universitätsbibliothek abgelieferten schriftlichen Arbeiten für längstens fünf Jahre nach Ablieferung (analog § 86 Abs. 2 UG 2002);
- k. Verfügung über einen Antrag auf abweichende Prüfungsmethode ab der zweiten Wiederholung einer Lehrveranstaltungsprüfung oder bei Fachprüfungen und kommissionellen Gesamtprüfungen;
- l. Heranziehung von fachlich geeigneten Prüferinnen und Prüfern für Abschlussprüfungen;
- m. Heranziehung von fachlich geeigneten Prüferinnen und Prüfern für Lehrveranstaltungs-, Fach- und kommissionelle Gesamtprüfungen;
- n. Festlegung der Prüfungs- und Anmeldetermine;
- o. Bildung von Prüfungssenaten;

- p. Feststellung des gerechtfertigten Prüfungsabbruchs aus wichtigem Grund;
 - q. Heranziehung von fachlich geeigneten Personen zur Betreuung und Beurteilung von Masterthesen, Untersagung von Thema und Betreuerin oder Betreuer sowie Weiterleitung zur Beurteilung;
2. Die Angelegenheiten gem. Pkt. l – q können den LeiterInnen der größten Organisationseinheiten übertragen werden.
3. Die Studiendirektorin / der Studiendirektor ist zu Sitzungen des Senats zu Tagesordnungspunkten, die ihren oder seinen Aufgabenbereich betreffen, als Auskunftsperson mit Antragsrecht einzuladen.

§ 3. Curricula-Kommission

(1) Einsetzung

Der Senat ist berechtigt, Curricula durch Verordnung zu erlassen und zu ändern. Er setzt hierfür eine zuständige Kommission gemäß § 25 Abs. 8 Z 3 UG 2002 ein.

Die Kommission ist für die Dauer der Funktionsperiode des Senats einzurichten.

(2) Größe und Zusammensetzung der Curricula-Kommission

Die Curricula-Kommission besteht aus sechs Mitgliedern wie folgt:

drei Mitglieder der Personengruppe der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren gemäß § 25 Abs. 3a Zif.1 Satz 1 UG;

ein Mitglied der Personengruppe der Universitätsdozentinnen und Universitätsdozenten sowie der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forschungs- und Lehrbetrieb gemäß § 25 Abs. 3a Zif.1 Satz 2 UG;

zwei VertreterInnen der Studierenden.

Haben die VertreterInnen der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren gleich gestimmt, steht ihnen bei Stimmgleichheit das Dirimierungsrecht zu.

Haben die VertreterInnen der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren unterschiedlich gestimmt, steht das Dirimierungsrecht jener Gruppe zu, die die Mehrheit der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren enthält.

(3) Einberufung

Die Curricula-Kommission ist von der/dem Vorsitzenden des Senats einzuberufen.

Die konstituierende Sitzung ist von dem an Lebensjahren ältesten Mitglied aus der Gruppe der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren bis zur Wahl einer/eines Vorsitzenden zu leiten.

Die/Der Vorsitzende und die/der Stellvertreter/in sind mit einfacher Mehrheit aus dem Kreis der Mitglieder zu wählen.

(4) Aufgaben

Wahl und Abberufung einer/eines Vorsitzenden und eines Stellvertreters bzw. einer Stellvertreterin;

Beschlussfassung über Erlassung und Änderung der Curricula für Universitätslehrgänge. Die Kommission wird bei der Durchführung dieser Verfahren von der DLE Studien- und Organisationsrecht unterstützt;

§ 4 Curricula für Universitätslehrgänge

(1) Verfahren bei der Erlassung und Änderung von Curricula

1. Anträge auf Erlassung eines Curriculums für einen Universitätslehrgang haben neben dem Entwurf des Curriculums folgende Nachweise zu enthalten:

1. den Nachweis eines entsprechenden Bedarfs;
2. eine finanzielle Kalkulation;
3. ein entsprechendes Konzept oder einen Vertragsentwurf bei geplanter Zusammenarbeit mit einem anderen Rechtsträger;
4. Nachweise über einen eventuell geplanten international gebräuchlichen Mastergrad;
5. Liste der Vortragenden und kurze Darstellung deren wissenschaftlicher Qualifikationen oder Berufserfahrungen;

2. Die Anträge sind von der Curricula-Kommission dem Rektorat zur Stellungnahme vorzulegen. Dafür ist eine Frist von längstens zwei Monaten einzuräumen.

Die Festlegung der Lehrgangsbeiträge durch das Rektorat findet innerhalb der Begutachtungsfrist (2 Monate) statt.

3. Nach Eintreffen der im Pkt. 2 genannten Stellungnahme, spätestens aber nach Ablauf der zweimonatigen Frist, hat die Kommission folgende Möglichkeiten:

- a. Positiver Beschluss über den Antrag
- b. Zurückverweisung an den/der AntragstellerIn zur Verbesserung.
- c. Abweisung des Antrags

4. Wird die Verordnung gemäß Pkt.3 b an den/der AntragstellerIn zurückverwiesen, hat diese/r sie unter Bedachtnahme auf die beigefügte Begründung neuerlich zu behandeln und erneut der Kommission zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

5. Beschlüsse der Kommission sind dem Senat gemäß § 25 Abs. 10 UG 2002 zur Genehmigung vorzulegen.

(2) Inhalt der Curricula

1. Im Curriculum sind insbesondere festzulegen:

1. die Zielsetzung des Universitätslehrganges;
2. der Umfang und die Gliederung des Universitätslehrganges;
3. die Voraussetzungen für die Zulassung;
4. die Bezeichnung und die Zusammensetzung der Pflicht- und Wahlfächer;
5. die Prüfungsordnung;
6. die akademischen Grade oder Bezeichnungen für die Absolventen/Absolventinnen;

2. Im Sinne des Europäischen Systems zur Anrechnung von Studienleistungen sind im Curriculum den einzelnen Studienleistungen ECTS-Anrechnungspunkte zuzuteilen.

3. Im Curriculum können überdies festgelegt werden:

1. die Ermöglichung des Nachweises von Kenntnissen durch Zeugnisse auch außeruniversitärer Einrichtungen;
2. die Fernstudieneinheiten, die Teile des Präsenzstudiums ersetzen;
3. die Absolvierung einer Praxis;
4. Bestimmungen über die Anfertigung einer Master Thesis;

(3) Auflassung der Curricula

Die Auflassung der Curricula liegt in der Zuständigkeit des Senates

(4) Untersagung von Curricula

Die Untersagung von Curricula liegt in der Zuständigkeit des Rektorates gem. § 22 Abs. 1 Z 12 UG.

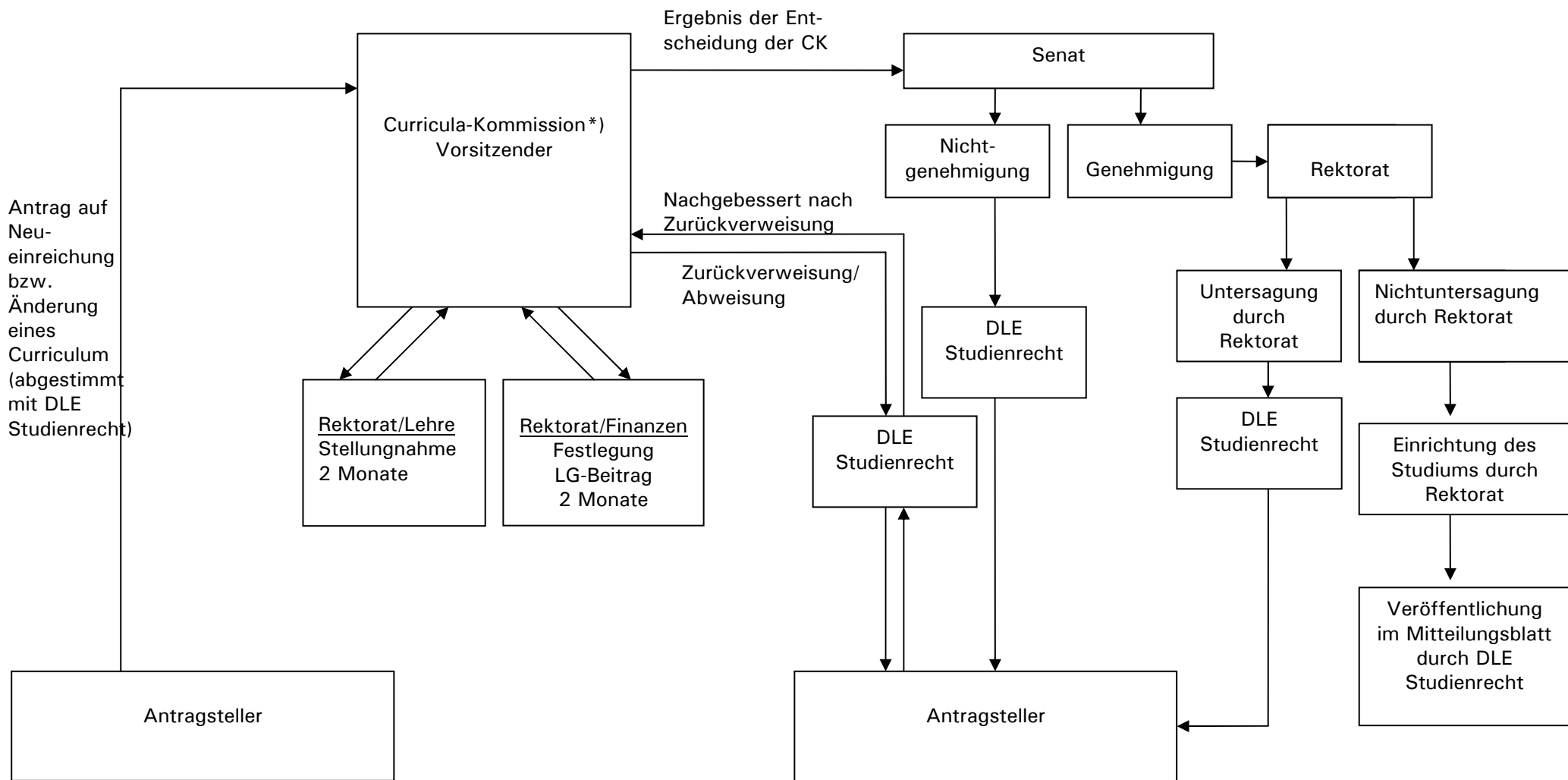
Eine eventuelle Untersagung des Curriculums aus den im Gesetz vorgesehenen Gründen hat vom Rektorat ausdrücklich und schriftlich nach Genehmigung des Curriculums durch den Senat zu erfolgen.

§ 5 Einrichtung von Studien

Die vom Senat genehmigten Curricula werden dem Rektorat von der DLE Studien- und Organisationsrecht vorgelegt. Dieses entscheidet dann über die Einrichtung der Lehrgänge. Eine Information über die Einrichtung durch das Rektorat erfolgt per MBL.

§ 6 Auflassung von Studien

Die Auflassung von Universitätslehrgängen obliegt dem Rektorat und wird im Mitteilungsblatt kundgemacht.



*) Bevollmächtigte Kommission des Senates
gemäß § 25 Abs 8 Z 3 UG 2002

PRÜFUNGEN

§ 5. Abschlussprüfungen

- (1) Die Art der Prüfung und die Prüfungsmethode sind im Curriculum festzulegen.
- (2) Sind die Abschlussprüfungen als Fach- oder kommissionelle Gesamtprüfungen abzulegen, sind fachlich geeignete Prüferinnen oder Prüfer heranzuziehen.

§ 6. Prüfungssenate

- (1) Für die kommissionellen Prüfungen sind Prüfungssenate zu bilden.
- (2) Einem Senat haben drei Personen anzugehören. Für jedes gemäß dem Curriculum vorgesehene Prüfungsfach oder dessen Teilgebiet ist eine Prüferin oder ein Prüfer einzuteilen. Ein Mitglied ist zur oder zum Vorsitzenden des Prüfungssenates zu bestellen.
- (3) Bei der letzten zulässigen Wiederholung einer Prüfung, die in Form eines einzigen Prüfungsvorgangs durchgeführt wird, ist das Studienrechtliche Organ Mitglied des Prüfungssenates und hat den Vorsitz zu führen.

§ 7. Durchführung von Prüfungen

- (1) Bei der Prüfung ist den Studierenden Gelegenheit zu geben, den Stand der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten nachzuweisen. Dabei ist auf den Inhalt und den Umfang des Stoffes der Lehrveranstaltungen Bedacht zu nehmen.
- (2) Mündliche Prüfungen sind öffentlich. Es ist zulässig, den Zutritt erforderlichenfalls auf eine den räumlichen Verhältnissen entsprechende Anzahl von Personen zu beschränken. Bei kommissionellen mündlichen Prüfungen hat jedes Mitglied des Prüfungssenates während der gesamten Prüfungszeit anwesend zu sein.
- (3) Die Prüferin oder der Prüfer bzw. die oder der Vorsitzende des Prüfungssenates hat für den geordneten Ablauf der Prüfung zu sorgen und das Prüfungsprotokoll zu führen. In das Protokoll sind der Prüfungsgegenstand, der Ort und die Zeit der Prüfung, die Namen der Prüferin oder des Prüfers bzw. die Namen der Mitglieder des Prüfungssenates, die Namen der oder des Studierenden, die gestellten Fragen, die erteilten Beurteilungen, die Gründe für die negative Beurteilung sowie allfällige besondere Vorkommnisse aufzunehmen. Die Gründe für die negative Beurteilung sind der oder dem Studierenden auf Antrag schriftlich mitzuteilen. Das Prüfungsprotokoll ist mindestens ein Jahr ab der Bekanntgabe der Beurteilung aufzubewahren.
- (4) Der oder dem Studierenden ist Einsicht in die Beurteilungsunterlagen und in die Prüfungsprotokolle zu gewähren, wenn sie oder er dies innerhalb von sechs Monaten ab Bekanntgabe der Beurteilung verlangt. Die Beurteilungsunterlagen umfassen auch die bei der Prüfung gestellten Prüfungsfragen. Die oder der Studierende ist berechtigt, von diesen Unterlagen Fotokopien anzufertigen. Vom Recht auf das Anfertigen von Fotokopien Recht ausgenommen sind Multiple-Choice Fragen inklusive der jeweiligen Antwort-Items.

- (5) Die für die Ausstellung von Abschlussprüfungszeugnissen erforderlichen Daten des Prüfungsprotokolls sind innerhalb angemessener Frist dem StudienServiceCenter zu übermitteln.
- (6) Die Beratung und Abstimmung über das Ergebnis einer Prüfung vor einem Prüfungssenat, bei mehreren Prüfungsfächern hinsichtlich jedes Faches, hat in nichtöffentlicher Sitzung des Prüfungssenates zu erfolgen. Die Beschlüsse des Senates werden mit Stimmenmehrheit gefasst, die oder der Vorsitzende übt das Stimmrecht wie die übrigen Mitglieder des Senates aus, hat aber zuletzt abzustimmen. Jedes Mitglied hat bei der Abstimmung über das Ergebnis in den einzelnen Fächern auch den Gesamteindruck der Prüfung zu berücksichtigen.
- (7) Gelangt der Prüfungssenat zu keinem Beschluss über die Beurteilung eines Faches, sind die von den Mitgliedern vorgeschlagenen Beurteilungen zu addieren, das Ergebnis der Addition durch die Zahl der Mitglieder zu dividieren und das Ergebnis auf eine ganzzahlige Beurteilung zu runden. Dabei ist bei einem Ergebnis, das größer ist als ,5 ist, aufzurunden.
- (8) Das Ergebnis einer mündlichen Prüfung ist unmittelbar nach der Prüfung der oder dem Studierenden bekannt zu geben. Wurde die Prüfung negativ beurteilt, sind die Gründe dafür der oder dem Studierenden zu erläutern.
- (9) Wenn eine Studierende oder ein Studierender die Prüfung ohne wichtigen Grund abbricht, ist die Prüfung negativ zu beurteilen. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, hat das Studienrechtliche Organ auf Antrag der oder des Studierenden festzustellen. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab dem Abbruch einzubringen.

§ 8. Wiederholung von Prüfungen

- (1) Die Studierenden sind berechtigt, positiv beurteilte Prüfungen bis sechs Monate nach der Ablegung, jedoch längstens bis zum Abschluss des betreffenden Studiums einmal zu wiederholen. Die positiv beurteilte Prüfung wird mit dem Antreten zur Wiederholungsprüfung nichtig.
- (2) Die Studierenden sind berechtigt, negativ beurteilte Prüfungen dreimal zu wiederholen. Die dritte Wiederholung ist kommissionell abzuhalten. Auf Antrag der oder des Studierenden gilt dies auch für die zweite Wiederholung.

§ 9. Anerkennung von Prüfungen

Positiv beurteilte Prüfungen können bei Gleichwertigkeit anerkannt werden.

§ 78 UG 2002 und die Richtlinie über Anerkennung von Studienleistungen der DUK ist bei Anträgen von außerordentlichen Studierenden sinngemäß anzuwenden.

Die Richtlinie über Anerkennung von Studienleistungen der DUK ist einzuhalten.

§ 10. Beurlaubung

Aufgrund § 67 (1) UG 2002 können Studierende für höchstens 2 Semester je Anlassfall aus wichtigen Gründen mit der Zustimmung des Departmentleiters/ der Departmentleiterin eine Beurlaubung beantragen.

Die Beurlaubung ist durch das Studienrechtliche Organ per Bescheid festzulegen.

III. TEIL

Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen (AKG)

§ 1.

(1) Gemäß § 42 UG 2002 wird an der Universität für Weiterbildung Krems ein Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen (AKG) eingerichtet. Seine Aufgabe ist es, Diskriminierungen durch Universitätsorgane auf Grund des Geschlechts entgegenzuwirken und die Angehörigen und Organe der Universität in Fragen der Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie der Frauenförderung zu beraten und zu unterstützen.

(2) Die Funktionsperiode der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen beträgt drei Jahre. Wiederbestellungen sind zulässig. Scheidet ein Mitglied oder Ersatzmitglied vorzeitig aus, hat die entsendende Gruppe von Universitätsangehörigen im Senat nach Anhörung des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen für den Rest der Funktionsperiode ein Mitglied oder Ersatzmitglied zu bestellen.

§ 2.

(1) Der AKG besteht aus acht Mitgliedern und vier Ersatzmitgliedern und setzt sich wie folgt zusammen:

1. zwei Mitglieder und ein Ersatzmitglied aus der Gruppe der Universitätsprofessorinnen oder Universitätsprofessoren,
2. zwei Mitglieder und ein Ersatzmitglied aus der im § 25 Abs. 3a Zif.1 2. Satz Universitätsgesetz genannten Gruppe,
3. zwei Mitglieder und ein Ersatzmitglied aus der Gruppe des allgemeinen Universitätspersonals,
4. zwei Mitglieder und ein Ersatzmitglied aus dem Kreis der Studierenden.

(2) Die Entsendung der in Z 1 bis Z 4 genannten Mitglieder und Ersatzmitglieder erfolgt durch die jeweiligen im Senat vertretenen Gruppen

(3) Aus dem Kreis der Mitglieder des AKG sind eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender und die erforderliche Zahl von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern zu wählen.

(4) Die Mitarbeit im AKG gilt als Erfüllung von Arbeitspflichten und ist auf die Arbeitszeit anzurechnen. Bei der Übertragung und Festlegung von Aufgaben des Arbeitsplatzes und bei der Festlegung von Arbeitspflichten ist die zusätzliche Belastung aus dieser Tätigkeit zu berücksichtigen.

(5) Den Mitgliedern des AKG ist die Teilnahme an Schulungen und Informationsveranstaltungen zu ermöglichen. Sie sind befugt, ihre Aufgaben an ihrem Arbeitsplatz zu erfüllen und die entsprechenden Einrichtungen zu benützen.

§ 3.

(1) Dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen und seinem Büro ist jedenfalls ein Raum mit angemessener technischer Ausstattung (zumindest eine adäquate EDV-Ausstattung, Telefon, Telefax) und der Möglichkeit zu vertraulichen Beratungen zur Verfügung zu stellen. Das Rektorat hat für die administrative Unterstützung des AKG

sowie für die Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen (Personal-, Raum- und Sachaufwand) zu sorgen.

- (2) Soweit Reisen der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des AKG dienen, sind sie als Dienstreisen abzugelten.

§ 4.

- (1) Die bzw. der Vorsitzende des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen sowie ihre /seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben die Aufgabe der Vernetzung mit den mit Gleichstellung und Frauenförderung befassten Institutionen anderer Universitäten in der ARGE Universitätsfrauen, mit den in den Bundesministerien für Gleichbehandlungsfragen zuständigen Stellen sowie mit anderen im Bereich der Frauenförderung bzw. Gleichstellung tätigen Institutionen im In- und Ausland.

- (2) Erfordert die Teilnahme der/des Vorsitzenden und ihrer /seiner Stellvertreterin bzw. Stellvertreters an den Sitzungen der ARGE Universitätsfrauen eine Reisebewegung, gebührt eine Abgeltung gem. den geltenden Vorschriften für die Abrechnung von Reisekosten nach Maßgabe der vorhandenen Mittel.

Koordinationsstelle für Frauenförderung und Geschlechterforschung

§ 5. Die Universität für Weiterbildung Krems richtet eine Koordinationsstelle für Frauenförderung und Gender Studies ein. Ihre Aufgaben erstrecken sich auf die Bereiche Genderforschung und Forschung zur Gleichstellung von Frauen, frauenspezifische Personalentwicklung für Mitarbeiterinnen, Förderungsmaßnahmen für Studentinnen sowie Beratungstätigkeit. Sie ist mit den notwendigen personellen und materiellen Ressourcen auszustatten.

IV. TEIL

Frauenförderungsplan der Universität für Weiterbildung Krems

Präambel

Die Universität für Weiterbildung Krems bekennt sich im Einklang mit den unter § 1 genannten gesetzlichen Grundlagen zu den Anliegen der Frauenförderung und zur Schaffung von positiven und karrierefördernden Bedingungen für Frauen. Sie sieht daher die Erreichung des Ziels, dass Frauen und Männer an der Universität für Weiterbildung Krems die ihrer Qualifikation entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten haben und für Frauen bestehende Nachteile beseitigt bzw. ausgeglichen werden, als gemeinsame Aufgabe aller Universitätsangehörigen an. Die tatsächliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Frauenförderung haben ihren adäquaten Niederschlag in Personalpolitik, Forschung und Lehre sowie in der Verteilung der Ressourcen zu finden. Dies ist insbesondere eine Verpflichtung für Personen in leitenden Funktionen.

Die Universität für Weiterbildung Krems setzt sich aktiv dafür ein, dass Studien- und Arbeitsbedingungen Frauen und Männern die gleichen Möglichkeiten zu wissenschaftlichem Forschen, Lehren und Lernen bieten.

Jeder Form diskriminierenden Vorgehens oder Verhaltens gegenüber Frauen ist von der Universität und allen ihren Angehörigen entgegenzutreten.

§ 1. Gesetzliche Grundlagen und leitende Grundsätze

(1) Gesetzliche Grundlagen des Frauenförderungsplans sind insbesondere:

1. Art. 7 Abs 2 B-VG;
2. § 41 Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (B-GBG);
3. § 19 Abs 2 Z 6 UG 2002;
4. § 19 Abs 2 Z 7 UG 2002;
5. §§ 41 ff UG 2002.

(2) Leitende Grundsätze der Frauenförderung sind:

1. Allgemeines Frauenförderungsgebot (§ 40 B-GBG);
2. Frauenförderungsgebot bei der Aufnahme (§ 42 B-GBG);
3. Frauenförderungsgebot beim beruflichen Aufstieg (§ 43 B-GBG);
4. Frauenförderungsgebot bei Aus- und Weiterbildung (§ 44 B-GBG);
5. leitende Grundsätze nach § 2 Z 9 UG 2002;
6. Aufgaben der Universität nach § 3 Z 4 und 9 UG 2002;
7. Umsetzung in den Leistungsvereinbarungen nach § 13 Abs 2 Z 1 lit d UG 2002.

Anwendungsbereich

§ 2. Der Frauenförderungsplan gilt für alle Angehörigen der Universität gem. § 94 UG 2002. Seine Bestimmungen sind weiteres auf jene an der Universität für Weiterbildung Krems tätigen Personen anzuwenden, die in keinem Dienstverhältnis zur Universität stehen wie externe Vortragende und andere Werkvertragsnehmerinnen/Werkvertragsnehmer.

Ziele des Frauenförderungsplans

§ 3. Durch die Umsetzung des Frauenförderungsplans verfolgt die Universität insbesondere folgende strategische und operative Ziele:

1. Gewährleistung der Chancengleichheit von Frauen und Männern
2. Anwendung von Gender Mainstreaming¹
3. Frauenförderung
4. Beseitigung bestehender Unterrepräsentation von Frauen
5. Vermeidung von Benachteiligungen von Frauen
6. Integrierung der Frauen- und Geschlechterforschung in Forschung und Lehre
7. Gewährleistung eines lebenswerten Arbeitsumfeldes
8. Förderung von Information und Kommunikation zum Thema Gleichstellung
9. Gewährleistung einer adäquaten Infrastruktur zur Verwirklichung der Gleichstellung und Frauenförderung.

Gender Mainstreaming

§ 4.

- (1) In sämtliche universitäre Entscheidungsprozesse ist die Perspektive der Geschlechterverhältnisse einzubeziehen, alle Entscheidungsprozesse sind für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen.
- (2) Die Ziele der Gleichstellung und Frauenförderung sind in alle Zielvereinbarungen aufzunehmen.
- (3) Der Grundsatz Gender Mainstreaming ist bei der Erlassung von Richtlinien für die Tätigkeit von Kollegialorganen (§ 25 Abs 1 Z 15 UG 2002) durch den Senat zu beachten.

Frauenförderungsgebot

§ 5.

- (1) Frauen gelten als unterrepräsentiert, wenn ihr Anteil an der Gesamtzahl der an der Universität für Weiterbildung Krems Beschäftigten auf einer Hierarchieebene oder innerhalb einer Gruppe von Beschäftigten oder innerhalb der jeweiligen Organisationseinheit weniger als 40 Prozent beträgt.
- (2) Maßnahmen zur Frauenförderung sind in die Personalplanung und Personalentwicklung zu integrieren.

Benachteiligungsverbot

§ 6. Weibliche Beschäftigte dürfen bei der Festsetzung des Entgelts im Individualarbeitsvertrag weder mittelbar noch unmittelbar diskriminiert werden. Dasselbe gilt für allfällige Zulagen, Beiträge und sonstige geldwerte Leistungen.

¹ Gender Mainstreaming ist die Berücksichtigung der Chancengleichheit der Geschlechter bei allen universitären Entscheidungen und auf allen personellen und strukturellen Ebenen.

Öffentlichkeitsarbeit

§ 7. Frauenspezifische und gleichstellungsrelevante Themen sind als wesentliche Merkmale des Universitätsprofils angemessen zu präsentieren.

Information über einschlägige Rechtsvorschriften

§ 8. Das Rektorat hat dafür Sorge zu tragen, dass den Leiterinnen und Leitern aller Organisationseinheiten, dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen sowie der Koordinationsstelle für Frauenförderung und Geschlechterforschung alle für Gleichbehandlungs- und Frauenförderungsangelegenheiten relevanten und aktuellen Rechtsvorschriften, arbeits- und sozialrechtlich relevante Informationen und sonstige diesbezügliche Informationen nachweislich übermittelt werden, mit der Aufforderung, diese in ihrer Organisationseinheit bekannt zu machen. Die Übermittlung bzw. Bekanntmachung kann auch in elektronischer Form erfolgen.

Allgemeine Information

§ 9.

- (1) Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten bei Dienstantritt von der zuständigen Personalabteilung der Universität für Weiterbildung Krems ein Informationsblatt. Darin werden jedenfalls der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen, die Koordinationsstelle für Frauenförderung und Geschlechterforschung und gegebenenfalls weitere mit Gleichbehandlung, Frauenförderung sowie Frauen- und Geschlechterforschung befassten Gremien und Einrichtungen genannt.
- (2) In den jeweiligen Geschäftseinteilungen, Vorlesungsverzeichnissen und Telefonverzeichnissen usw. der Universität sind die Namen, Adressen und E-Mail-Adressen der Mitglieder des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen, sowie der Koordinationsstelle für Frauenförderung und Geschlechterforschung unter Anführung der jeweiligen Funktion aufzunehmen.
- (3) Das Rektorat unterstützt die Abhaltung von Informationsveranstaltungen über Aufgaben und Tätigkeit des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen für die Universitätsangehörigen im Sinne des § 94 UG 02.
- (4) Das Rektorat unterstützt weiters die Abhaltung von Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen zum Thema Gender Mainstreaming (besonders für Führungskräfte) durch den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen bzw. die Koordinationsstelle für Frauenförderung und Geschlechterforschung.

Erhebung der Frauenquote

§ 10.

- (1) Die Frauenquoten sind im Rahmen der allgemeinen Berichtspflichten jährlich zu erheben. Der Ist-Zustand wird erhoben, dokumentiert und veröffentlicht, wobei insbesondere auf den Frauenanteil unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Studierenden Bedacht zu nehmen ist.

Die folgenden Kategorien werden erhoben:

Wissenschaftliches Universitätspersonal, Allgemeines Universitätspersonal, Studierende – Absolventinnen und Absolventen, Lehrende.

Wird in den nachfolgend angeführten Fällen auf Grund eines Antrags, Ansuchens usw. entschieden, hat der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen das Recht, in die betreffenden Unterlagen Einsicht zu nehmen, um die Frauenquote je Kalenderjahr zu ermitteln:

- a) bei der Vergabe von Forschungsmitteln,
- b) bei der Zuweisung von Mitteln für die forschungsbezogene Weiterbildung;
- c) bei der Vergabe von Mitteln für die nicht forschungsbezogene Weiterbildung;
- d) bei der Vergabe von Reisekostenzuschüssen;
- e) bei der Vergabe von Fördermitteln (z.B. Stipendien) entsprechend ihrem Anteil am Personal.

(2) Letztverantwortlich für die Erhebung der Frauenquote ist die Rektorin bzw. der Rektor. Sie/Er sorgt für eine kontinuierliche und möglichst lückenlose Erhebung der erforderlichen Daten in allen Organisationseinheiten und auf allen Hierarchieebenen.

(3) Die Ergebnisse der Erhebung der Frauenquoten sind dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen vom Rektorat umgehend nachweislich zu übermitteln. Die aktuellen Statistiken sind im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen.

Erhebung der Entlohnung

§ 11.

(1) Die Entlohnung von Frauen und Männern ist getrennt zu erheben. Separat auszuweisen sind dabei allfällige Zulagen, Beiträge und sonstige geldwerte Leistungen jeweils getrennt nach den jeweiligen Hierarchieebenen und den einzelnen personalrechtlichen Kategorien.

(2) Letztverantwortlich für die Erhebung gemäß Abs. 1 ist die Rektorin bzw. der Rektor. Sie/Er sorgt für eine kontinuierliche und möglichst lückenlose Erhebung der erforderlichen Daten in allen Organisationseinheiten und auf allen Hierarchieebenen.

(3) Die Ergebnisse der Erhebung gemäß Abs. 1 sind dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen vom Rektorat unverzüglich nachweislich zu übermitteln.

Förderung der Forschung von Frauen

§ 12.

(1) Die Universität für Weiterbildung Krems fördert die Forschungstätigkeit von Frauen in gleicher Weise wie jene von Männern.

(2) Werden Organe oder Angehörige der Universität dazu berufen, über die Vergabe von Mitteln zur Forschungsförderung zu entscheiden, die von privater Seite zur Verfügung gestellt werden, so haben sie unter Beachtung der Qualifikation auch auf eine nach den Geschlechtern ausgewogene Verteilung der Mittel zu achten.

(3) Die Universität für Weiterbildung Krems fördert die Forschungstätigkeit von Frauen durch finanzielle Förderung von Frauen zur Teilnahme an internationalen Tagungen und Kongressen, insbesondere in jenen Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.

Lehre

§ 13. Die Universität für Weiterbildung Krems fördert die Mitwirkung von Frauen entsprechend ihrer Qualifikation in der Lehre und die Aufnahme frauen- und geschlechterspezifischer Inhalte durch die Berücksichtigung der Gender Studies bei der Entscheidung über die fachliche Widmung freier Stellen sowie durch die weitere Integration der Frauen- und Geschlechterforschung bei der Weiterentwicklung der Curricula.

Studium

§ 14. Die Universität für Weiterbildung Krems setzt aktive Maßnahmen durch geeignete personelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung,

1. um den Zugang von Frauen zu Studienrichtungen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, durch explizite Informationsveranstaltungen insbesondere auf Studieninformationsmessen zu fördern
2. um in der Entwicklung der Curricula durch ein Studienangebot Strategien und konkrete Maßnahmen zu berücksichtigen und die Effizienz dieser Maßnahmen laufend zu evaluieren
3. um vermehrt zusätzliche Stipendienangebote für Studierende einzuwerben und diese auch in geeigneter Weise bekannt zu machen

Organisations- und Personalentwicklung

§ 15.

- (1) Bei der Organisations- und Personalentwicklung an der Universität für Weiterbildung Krems sind die Kriterien des Gender Mainstreaming sowie das Frauenförderungsgebot anzuwenden; der AKG ist einzubinden. Das gilt insbesondere für die Durchführung von Karriere- und Mitarbeiterinnen- bzw. Mitarbeitergesprächen. Dabei ist ein konsequentes Mentoring im Sinne der fachlichen, organisatorischen und sozialen Einführung, Begleitung und Unterstützung der Beschäftigten zur Förderung ihrer Karrierelaufbahn durchzuführen. Das Rektorat hat diesem Grundsatz mit geeigneten Pilotprojekten frauenspezifischer Mentoringprogramme für das wissenschaftliche wie das allgemeine Universitätspersonal Rechnung zu tragen.
- (2) Im Rahmen interner Fortbildungsprogramme sind insbesondere Veranstaltungen für Universitätsangehörige in Leitungsfunktionen zur Hebung der Sozial-, Kommunikations-, Genderkompetenz und Führungsverantwortung anzubieten.
- (3) Im Rahmen der Fortbildungsprogramme der Universität für Weiterbildung Krems sind spezielle Veranstaltungen zur Frauenförderung anzubieten. Die Inhalte werden in Zusammenarbeit mit AKG und Koordinationsstelle für Frauenförderung und Geschlechterforschung festgelegt.
- (4) Im Zusammenhang mit der Verteilung der Aufgaben ist darauf zu achten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die für ihre Laufbahn erforderlichen Qualifikationen in der dafür vorgesehenen Zeit erwerben können. Dabei sind Teilzeitarbeit bzw. Herabsetzung der Wochenarbeitszeit entsprechend zu berücksichtigen. In diesen Fällen wird der AKG in Abstimmung mit dem Betriebsrat tätig.

Personalaufnahmen; Ausschreibungstexte

§ 16.

(1) Neben der gezielten Suche qualifizierter Bewerberinnen ist die Gestaltung des Ausschreibungstextes die zentrale Maßnahme, um Frauen zur Bewerbung zu motivieren.

Bei der aktiven Suche nach Bewerberinnen ist der AKG einzubinden:

1. Der Ausschreibungstext kann nach positiver Stellungnahme des AKG, spätestens jedoch 7 Werktage nach Übermittlung an den AKG, publiziert werden.
2. Der Ausschreibungstext hat sowohl die Aufnahmeerfordernisse als auch allenfalls erwünschte Qualifikationskriterien zu nennen.
3. Kommt der AKG zur Auffassung, der Ausschreibungstext widerspricht den Grundsätzen dieses Frauenförderungsplanes, und ist eine Einigung mit dem Rektorat nicht möglich, so kann der AKG binnen 14 Tagen nach Erhalt des Ausschreibungstextes die Schiedskommission anrufen.

(2) Die Ausschreibung umfasst die aktive Suche nach geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, die Veröffentlichung der Ausschreibung ist im Mitteilungsblatt, auf der Homepage der Universität für Weiterbildung und je nach AdressatInnenkreis in entsprechenden Medien kundzumachen.

(3) Dem AKG ist entsprechend dem § 42 UG 2002 unverzüglich zur Kenntnis zu bringen:

1. die Liste der eingelangten Bewerbungen
2. die Liste der zu Aufnahmegesprächen eingeladenen Bewerberinnen
3. die Termine der Vorstellungsgespräche, mindestens 3 Tage im Vorhinein
4. Auswahlentscheidungen. Information des oder der zukünftigen Mitarbeiters/in bzw. der Abschluss von Verträgen einer Person dürfen vor Ablauf der 14-tägigen Wartefrist (§ 42 Abs. 8) nur bei vorzeitiger positiver Stellungnahme des AKG vorgenommen werden. Der AKG wird Sorge dafür tragen binnen 7 Werktagen zur Auswahlentscheidung Stellung zu beziehen.

(4) Bewerben sich keine Frauen, ist dem AKG auf dessen Verlangen nachzuweisen, auf welche Weise die ausgeschriebene Stelle bekannt gemacht wurde. Kommt der AKG zur Ansicht, dass die Bekanntmachung in unzureichender Form erfolgt ist, ist die Ausschreibung zu wiederholen. Bewerben sich auch dann keine Frauen, ist keine weitere Wiederholung der Ausschreibung erforderlich.

Auswahl- und Besetzungsverfahren

§ 17.

(1) Nach Ende der Ausschreibungsfrist ist dem AKG die Liste der Bewerberinnen und Bewerber zu übermitteln, die für Vorstellungsgespräche in Frage kommen. Grundsätzlich sind alle Bewerberinnen zu Vorstellungsgesprächen einzuladen, die den Anforderungen des Ausschreibungstextes entsprechen.

(2) Falls nicht alle Bewerberinnen im Sinne des Abs. 1 eingeladen werden, erfolgt die Auswahl anhand einer gemeinsam mit dem AKG zu erstellenden Kriterienliste auf Grundlage des Ausschreibungstextes und der Arbeitsplatz- und Aufgabenbeschreibung.

- (3) Dem AKG ist auf Wunsch Einblick in alle relevanten Bewerbungsunterlagen zu gewähren.
- (4) Bei der Beurteilung der Eignung von Bewerberinnen dürfen keine Auswahl- und Bewertungskriterien herangezogen werden, die sich an einem diskriminierenden, rollenstereotypen Verständnis der Geschlechter orientieren.
- (5) Unterbrechungen in der Erwerbstätigkeit, Reduzierung der Arbeitszeit oder Verzögerungen beim Abschluss einzelner Ausbildungsgänge auf Grund der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen dürfen Bewerberinnen oder Bewerber nicht benachteiligen.

Beendigung oder wesentliche Änderung eines Arbeitsverhältnisses

§ 18. Soweit es die Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben erfordert, sind dem AKG auch beabsichtigte Beendigungen oder wesentliche Änderungen eines Arbeitsverhältnisses mitzuteilen.

Berufungsverfahren

§ 19.

- (1) Werden im Berufungsverfahren gemäß § 98 Abs 2 2. Satz UG 2002 auch Kandidatinnen oder Kandidaten einbezogen, die sich nicht beworben haben, ist der AKG davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (2) Der AKG ist zu allen Sitzungen termingerecht einzuladen und kann an allen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.
- (3) Bei der Zusammensetzung von Berufungskommissionen gemäß § 98 Abs 4 UG 2002 ist auf eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter zu achten und gegebenenfalls sind Frauen als Vorsitzende vorzuschlagen. Der AKG stellt nach Möglichkeit eine Liste qualifizierter Wissenschaftlerinnen zur Verfügung.
- (4) Bei der Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter ist darauf hinzuwirken, dass vermehrt Gutachten von qualifizierten Frauen erstellt werden.
- (5) In die Liste der einzuladenden Bewerberinnen und Bewerber sind jedenfalls jene Bewerberinnen aufzunehmen, die die Ausschreibungskriterien erfüllen. Im Falle einer außergewöhnlich großen Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern kann mit nachweislichem Einverständnis des AKG die Anzahl der einzuladenden Bewerberinnen reduziert werden.
- (6) Bewerberinnen, die in gleichem Maße wie die bestgeeigneten Mitbewerber geeignet sind, sind vorrangig in den Berufungsvorschlag aufzunehmen.
- (7) Mit Kandidatinnen im Berufungsvorschlag, die in gleichem Maße wie die bestgeeigneten Mitbewerber geeignet sind, sind vorrangig Berufungsverhandlungen zu führen.
- (8) Die Rektorin bzw. der Rektor hat in allen Berufungsverhandlungen auf die Frauenquote in der betreffenden Organisationseinheit und auf die damit zu beachtenden rechtlichen Vorgaben, insbesondere das Frauenförderungsgebot, Bedacht zu nehmen.

- (9) Die Rektorin bzw. der Rektor hat die Auswahlentscheidung dem AKG vor Aufnahme der Berufungsverhandlungen bekannt zu geben. Der AKG hat das Recht, innerhalb von zwei Wochen Beschwerde zu erheben, über diese entscheidet die Schiedskommission.

Repräsentanz von Frauen in Gremien und Funktionen

§ 20.

- (1) Bei der Beschickung von Kollegialorganen, Kommissionen und Beiräten ist darauf zu achten, dass Frauen als Mitglieder nominiert werden und wenn möglich in den Wahlvorschlag für den Vorsitz aufgenommen werden. Dies gilt sinngemäß auch für Wahlvorschläge für monokratische Funktionen.
- (2) Zur Verwirklichung des Grundsatzes Gender Mainstreaming hat der AKG das Recht, bei den Sitzungen der Kommissionen, Kollegialorgane und Beiräte mit beratender Stimme teilzunehmen. Die Einladung zu all diesen Sitzungen hat zeitgerecht spätestens eine Woche vor Sitzungstermin zu erfolgen.

Arbeitspflichten

§ 21.

- (1) Bei der Festlegung der Arbeitspflichten dürfen keine diskriminierenden oder karrierehemmenden, Aufgabenzuweisungen erfolgen. Gleiches gilt für das Anforderungsprofil des Arbeitsplatzes.
- (2) In Dienstbeschreibungen und Eignungsabwägungen dürfen keine Beurteilungskriterien einbezogen werden, aus denen sich ein Nachteil für die weiblichen Beschäftigten ergibt oder die sich an einem diskriminierenden, rollenstereotypen Verständnis der Geschlechter orientieren.

Karriere- und Mitarbeiterinnengespräch

§ 22. Jedenfalls sind mit allen weiblichen Beschäftigten der Universität Karriere- und Mitarbeiterinnengespräche zu führen. Das Karriere- bzw. Mitarbeiterinnengespräch dient auch dazu, die erbrachten Leistungen der Mitarbeiterinnen im Hinblick auf die für die Karriere erforderlichen Qualifikationen zu besprechen und den Fortgang durch entsprechende Rahmenbedingungen zu fördern.

Aus- und Weiterbildung

§ 23.

- (1) Die jeweiligen Vorgesetzten haben im Rahmen ihrer Förderungspflicht Mitarbeiterinnen zum Besuch von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen zu ermutigen und sie auch über die individuellen, für sie in Frage kommenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten umfassend und zeitgerecht zu informieren und zu beraten.
- (2) Die Vorgesetzten haben dafür zu sorgen, dass alle Mitarbeiterinnen, einschließlich der teilzeitbeschäftigten, auch während einer gesetzlich vorgesehenen Abwesenheit von der Arbeit bzw. vom Arbeitsort über Veranstaltungen der berufsbegleitenden Fortbildung und über Schulungsveranstaltungen für Führungskräfte informiert werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass Anmeldungen von Frauen besonders unterstützt werden.

- (3) Unter Fortbildung sind neben facheinschlägigen Kursen auch Veranstaltungen aus dem Bereich der Schlüsselqualifikationen und Soft Skills zu verstehen (Rhetorik, Kommunikation, Bewerbungstraining, Präsentationstechnik, Didaktik, Fremdsprachen, Projektmanagement, Projektakquisition, Problematik der Gleichstellung von Frauen und Männern in Verwaltung und Wissenschaft, Durchführung von Mentoring, Burn Out- und Mobbing-Prävention usw.).
- (4) Weibliche Beschäftigte haben Anspruch auf frauenspezifische Weiterbildung.
- (5) Die Vorgesetzten haben Mitarbeiterinnen auf Wunsch die Teilnahme an geeigneten Fortbildungs- und Schulungsseminaren nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und unter Berücksichtigung der sonstigen Dienstpflichten zu ermöglichen. Sind zur Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen Arbeitszeitänderungen notwendig, sind diese von den Vorgesetzten zu gewähren, soweit nicht zwingende dienstliche Interessen entgegenstehen.
- (6) Zu Fortbildungskursen, insbesondere zu jenen, die zur Übernahme in höherwertige Verwendungen und Funktionen qualifizieren, sind bis zur Erreichung einer 40%igen Frauenquote vorrangig Frauen zu entsenden. Dies gilt ebenso für Aus- und Weiterbildungskurse mit beschränkter Teilnahmemöglichkeit.

Weiterbildung und Förderung für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

§ 24. Die Vorgesetzten haben den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen einschlägige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Kenntnis zu bringen und sie zur Teilnahme zu motivieren. Darüber hinaus sind Wissenschaftlerinnen über einschlägige Fachtagungen, facheinschlägige wissenschaftliche Vereinigungen, Publikationsmöglichkeiten und die Möglichkeit zur Mitarbeit in Forschungsprojekten zu informieren und die Teilnahme zu fördern. Neben internen Weiterbildungsveranstaltungen sollen auch externe Fortbildungsmöglichkeiten ausgeweitet und unterstützt werden. Veranstaltungen zu Fragen der Frauenförderung sollen durch budgetäre und räumliche Vorsorge der einzelnen Organisationseinheiten bzw. DLEs unterstützt werden. Ebenso haben die Vorgesetzten dafür Sorge zu tragen, dass Mitarbeiterinnen bei der Inanspruchnahme finanzieller Mittel für Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse usw. sowie von Sonderurlaub gegenüber Mitarbeitern nicht benachteiligt werden.

Menschengerechte Arbeitsbedingungen

§ 25. Alle Angehörigen der Universität für Weiterbildung Krems haben das Recht auf eine ihre Würde respektierende Behandlung, insbesondere auf Schutz vor sexueller Belästigung, Diskriminierung und Mobbing.

Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung, Belästigung und Mobbing

§ 26.

- (1) Sexuelle Belästigung im Sinne der §§ 8 und 42 Abs. 2 B-GIBG, Belästigung im Sinne des § 8a BGIBG sowie Mobbing stellen eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte dar. Die Universität für Weiterbildung Krems duldet weder sexuelle Belästigung und sexistisches Verhalten noch Mobbing. Alle Angehörigen der Universität für Weiterbildung Krems, insbesondere solche mit Leitungsaufgaben in Forschung, Lehre und Verwaltung, sind in ihrem Arbeitsbereich dafür verantwortlich, dass sexuell belästigendes Verhalten nicht geduldet wird.

(2) Der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen berät und unterstützt Personen oder Gremien im sachgerechten und angemessenen Umgang mit Vorfällen sexistischen Verhaltens und/oder sexueller Belästigung bzw. Mobbing. Alle an derartigen Verfahren beteiligten Personen und Gremien sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Beratungs- und Betreuungsangebote sind in das Programm der Personalentwicklung aufzunehmen. Einrichtung und Umsetzung dieser Angebote übernimmt die Koordinationsstelle für Frauenförderung und Geschlechterforschung.

Evaluierung und Qualitätssicherung

§ 27. In die Evaluierung und Qualitätssicherung gemäß § 14 UG 02 sind Kriterien der Frauenförderung und Gleichstellung verpflichtend aufzunehmen.

V. TEIL

Evaluierung

§ 1. Evaluierung dient dem universitären Qualitätsmanagement nach § 14 UG 2002. Sie unterstützt und motiviert die Universitätsangehörigen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben. Die Universität für Weiterbildung Krems evaluiert regelmäßig und nach Bedarf alle ihre Leistungsbereiche (Forschung, Lehre und Studium, sonstige Dienstleistungen). Diese Evaluierung dient der Qualitäts- und Leistungssicherung im nationalen und internationalen Kontext.

§ 2. Jede Einheit ist insbesondere im Hinblick auf

- Leistungs- und Qualitätspotenziale,
- strategische Ziele und Entwicklung,
- Profilbildung,
- Entwicklung des Personals,
- Internationalisierung und Mobilität der Studierenden und des Personals sowie
- Gleichstellung von Frauen und Männern zu evaluieren.

§ 3. Gegenstand der Evaluierung sind

- Leistungen von Personen,
- Leistungen organisatorischer Einheiten,
- Lehrangebote, Studienprogramme und einzelne Curricula.

§ 4. Das Recht, eine Evaluierung zu veranlassen, haben das Rektorat sowie, beschränkt auf seinen Aufgabenbereich, der Senat.

§ 5. (1) Das Rektorat bzw. der Senat legt den Gegenstand, den Inhalt und die Ziele der Evaluierung fest (Evaluierungsauftrag). Vor Beginn der Evaluierung informiert das Rektorat die zu evaluierende Einheit schriftlich über den Evaluierungsauftrag, den Ablauf sowie die gewählte Evaluierungsmethode.

(2) Der Senat hat dem Rektorat die Ergebnisse einer von ihm veranlassten Evaluierung mitzuteilen.

§ 6. (1) Organisationseinheiten sind alle fünf Jahre einer externen Evaluierung zu unterziehen.

(2) Die Leistungen der Universitätsprofessoren/Universitätsprofessorinnen sowie der Universitätsdozenten/Universitätsdozentinnen und der wissenschaftlichen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen im Forschungs- und Lehrbetrieb sind regelmäßig, zumindest aber alle fünf Jahre, einer Evaluierung zu unterziehen (§ 14 Abs 7 UG).

(3) Im Übrigen sind Evaluierungen bei Bedarf durchzuführen.

§ 7. Alle Lehrveranstaltungen werden einer Lehrveranstaltungsbewertung durch Lehrveranstaltungsteilnehmer/innen unterzogen.

§ 8. Alle Mitglieder und Organe der Universität für Weiterbildung Krems sind verpflichtet, die für die Evaluierung erforderlichen Daten und Informationen zur Verfügung zu stellen und an der Evaluierung mitzuwirken (§ 14 Abs. 6 UG).

§ 9. (1) Nach Abschluss jedes Evaluierungsverfahrens ist ein konkretes, mit einem Zeitplan versehenes Entwicklungs- und Maßnahmenprogramm zwischen den Evaluierten und dem Rektorat zu erarbeiten. Die darin vorgesehenen Umsetzungsmaßnahmen sowie Umsetzungszeiträume haben in die nachfolgende Zielvereinbarung einzufließen.

(2) Bei jeder Veröffentlichung von Evaluierungsergebnissen ist der Schutz von personenbezogenen Daten zu beachten. Personenbezogene Daten dürfen nur an Personen und Organe der Universität zur Erfüllung ihrer Aufgaben weitergegeben werden. Eine Weitergabe an andere Personen bedarf der schriftlichen Zustimmung der betreffenden Person.

§ 10. (1) Das Rektorat entscheidet über die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel. Es hat für die organisatorische Abwicklung der Evaluierung sowie für die Einhaltung der international üblichen Evaluationsstandards zu sorgen.

(2) Das Rektorat trifft in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten Vorkehrungen für die notwendige Transparenz der Evaluierungsvorgänge.

(3) Die Ergebnisse einer Akkreditierung können in einem Evaluierungsverfahren berücksichtigt werden.

(4) Das Rektorat kann nach Anhörung des Senates nähere Regelungen über den Inhalt und den organisatorischen Ablauf von Evaluierungen treffen.

VI. TEIL

Einbindung von Absolventinnen und Absolventen

§ 1. Ziel der Einbindung von Absolventinnen und Absolventen ist es, deren Erfahrungspotential und soziale Kontakte zu nutzen sowie Impulse zur Verbesserung von Forschung, Lehre und Universitätskultur zu erzielen.

§ 2. Zum Zweck der Kontaktpflege mit den Absolventinnen und Absolventen sowie zu ihrer Betreuung hat die Universität für Weiterbildung Krams geeignete Einrichtungen zu schaffen. Diese Einrichtungen können im Organisationsplan der Universität verankert oder in Form eines selbständigen Rechtsträgers ausgelagert sein.

VII. Teil

EHRUNGEN

Geltungsbereich

§ 1 Dieser Satzungsteil regelt die nach diesen Richtlinien von der Universität für Weiterbildung Krems zu vergebenden akademischen Ehrungen und sonstige Auszeichnungen.

I. Akademische Ehrungen

§ 2 *Visting Professorin / Visting Professor*: Diese Ehrung ist Personen vorbehalten, die aktiv in die Forschung oder Lehre der Universität für Weiterbildung Krems eingebunden sind oder eingebunden werden und auf diese Weise eine besondere Bedeutung für die Wissensbilanz der Universität besitzen.

Voraussetzung zur Ernennung sind der Nachweis überdurchschnittlicher Leistungen in Forschung oder Lehre im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Universität für Weiterbildung Krems sowie Habilitation oder eine habilitationsäquivalente Qualifikation.

Die Ernennung zur Visiting Professorin / zum Visiting Professor ist auf 2 Jahre befristet und kann auf Antrag um jeweils 2 Jahre verlängert werden.

§ 3 *Honorarprofessorin / Honorarprofessor*: Diese Ehrung ist Personen vorbehalten, die einen international ausgewiesenen wissenschaftlichen Ruf besitzen und durch langjährige Forschungs- oder Lehrtätigkeit an der Universität für Weiterbildung Krems die wissenschaftliche Stellung der Universität nachweislich gefördert haben.

Die Ernennung zur Honorarprofessorin / zum Honorarprofessor erfolgt auf Lebenszeit.

§ 4 *Ehrensensatorin / Ehrensensator*: Diese Ehrung ist Personen vorbehalten, die sich durch außergewöhnliches und langjähriges Engagement um die Förderung der wissenschaftlichen Aktivitäten der Universität für Weiterbildung Krems verdient gemacht haben.

Die Ernennung zur Ehrensensatorin / zum Ehrensensator erfolgt auf Lebenszeit.

§ 5 *Ehrenbürgerin / Ehrenbürger*: Diese Ehrung ist Personen vorbehalten, die sich um die Ausgestaltung oder Ausstattung der Universität für Weiterbildung Krems in besonderer Weise verdient gemacht haben.

Die Ernennung zur Ehrenbürgerin / zum Ehrenbürger erfolgt auf Lebenszeit.

II. Sonstige Auszeichnungen

§ 6 *Ehrenmedaille*: Die Universität für Weiterbildung Krems kann an Personen, die der Universität, ihren Organisationseinheiten oder ihren Studierenden hervorragende ideelle oder materielle Förderungen zuteil werden lassen oder sich besondere Verdienste um die Universität als Institution erworben haben, als sichtbare Auszeichnung eine Ehrenmedaille verleihen.

§ 7 Ehrenring: Die Universität für Weiterbildung Krems kann an Angehörige der Universität aus dem wissenschaftlichen Bereich, die sich im besonderen Maße Verdienste um die der Universität anvertrauten Gebiete der Wissenschaften sowie um die Universität selbst erworben haben, als sichtbare Auszeichnung eine Ehrenring verleihen.

III. Verfahrensbestimmungen

§ 8 Ehrungsausschuss: Der Senat richtet einen ständigen Ehrungsausschuss ein, der Entscheidungen bezüglich akademischer Ehrungen und sonstiger Auszeichnungen vorbereitet. Dieser Ausschuss besteht aus 5 Mitgliedern, davon

drei Mitglieder der Personengruppe der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren gemäß § 94 Abs. 2 Z. 1 UG 2002;

ein Mitglied der Personengruppe der Universitätsdozentinnen und Universitätsdozenten sowie der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forschungs- und Lehrbetrieb gemäß § 94 Abs. 2 Z. 2 UG 2002; sowie

eine Vertreterin oder ein Vertreter der Studierenden.

Der Ausschuss ist für die Dauer der Funktionsperiode des Senats einzurichten.

§ 9 Antragstellung: Akademische Ehrungen oder sonstige Auszeichnungen werden durch ein stimmberechtigtes Mitglied des Senats, ein Mitglied des Rektorats oder eine Departmentleiterin / einen Departmentleiter schriftlich beantragt. Im Falle eines Antrags auf Ernennung oder Wiederernennung zur Visiting Professorin / zum Visiting Professor sowie im Falle eines Antrags auf Ernennung zur Honorarprofessorin / zum Honorarprofessor sind dem Antrag folgende Unterlagen beizulegen:

(a) ein Lebenslauf;

(b) der Nachweis über den Abschluss eines facheinschlägigen Doktoratstudiums bzw. eines in dem jeweiligen Fach üblichen Terminal Degrees;

(c) ein Verzeichnis der schriftlichen Arbeiten bzw. der für das jeweilige Fach üblichen ehrungsrelevanten Aktivitäten;

(d) ein Nachweis über die bisherige Lehrtätigkeit; sowie

(e) ein Nachweis über die bisherige Lehr- und Forschungstätigkeit im Rahmen der Universität für Weiterbildung Krems.

§ 10 Verfahren:

(1) Der Ehrungsausschuss hat im Rahmen eines Ernennungsverfahrens von Visiting ProfessorInnen und HonorarprofessorInnen zwei externe Gutachten einzuholen. Davon wird eine Gutachterin / ein Gutachter durch den Senat und eine Gutachterin / ein Gutachter von der Antragsstellerin / dem Antragssteller bestimmt. Bei Beantragung einer Wiederernennung zur Visiting Professorin / zum Visiting Professors entfällt diese Pflicht.

(2) Der Ehrungsausschuss hat dem Senat innerhalb von 6 Monaten ab Datum der Einreichung eine Empfehlung zur Entscheidung vorzulegen.

(3) Der Senat entscheidet mit einfacher Mehrheit über akademische Ehrungen oder sonstige Auszeichnungen.

(4) Ehrungsangelegenheiten sind vertraulich zu behandeln.

§ 11 *Widerruf von Ehrungen:*

(1) Der Senat kann mit Zweidrittelmehrheit verliehene Ehrungen widerrufen, wenn sich die Geehrten durch ihr späteres Verhalten der Ehrung unwürdig erweisen oder wenn sich nachträglich ergibt, dass die Ehrung erschlichen worden ist.

(2) Ein allfälliges Diplom und eine allfällige Urkunde über die Verleihung sind im Falle des Widerrufs einzuziehen und das Tragen der Auszeichnung ist zu untersagen.

VIII. TEIL

Berufungsverfahren

§ 1 Einleitung eines Berufungsverfahrens

(1) Voraussetzungen für die Einleitung eines Berufungsverfahrens sind die Widmung einer Stelle für eine Universitätsprofessorin oder einen Universitätsprofessor mit dem entsprechenden Fachgebiet im Entwicklungsplan der Donau-Universität Krems.

(2) Die Einleitung des Berufungsverfahrens erfolgt durch das Rektorat. Das Rektorat hat dem Senat und dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen die Einleitung des Berufungsverfahrens ehest möglich mitzuteilen.

§ 2 Ausschreibung

(1) Der Ausschreibungstext ist vom Rektorat im Einvernehmen mit dem Senat und dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen zu erstellen.

(2) Die Stelle ist vom Rektorat im In- und Ausland öffentlich auszuschreiben. Bewerbungen sind an die Rektorin bzw. an den Rektor zu richten und von dieser bzw. diesem an die Berufungskommission weiter zu leiten.

§ 3 Einrichtung der Berufungskommission

(1) Der Senat hat auf Aufforderung durch das Rektorat ehest möglich eine entscheidungsbefugte Berufungskommission mit folgender Parität einzusetzen:

- Drei Mitglieder aus der Gruppe der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren.
- Ein Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb.
- Ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden.

(2) Mitglieder und gegebenenfalls Ersatzmitglieder der Berufungskommission werden durch die Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Gruppe von Universitätsangehörigen im Senat entsendet.

(3) Bei der Beschlussfassung über die Einsetzung der Kommission ist (neben den sonstigen Beschlusserfordernissen) eine Mehrheit der anwesenden Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren einschließlich der sonstigen Mitglieder des Senats mit Habilitation erforderlich.

(4) Die Berufungskommission ist gesetzeskonform gemäß UG 2002, §25 Absatz 7a unter Berücksichtigung von §42 Absatz 8 zusammenzusetzen.

§ 4 Verfahren der Berufungskommission

(1) Die konstituierende Sitzung der Berufungskommission ist von der bzw. von dem Vorsitzenden des Senats einzuberufen. Die konstituierende Sitzung ist von dem an Lebensjahren ältesten Mitglied aus der Gruppe der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren bis zur Wahl einer oder eines Vorsitzenden zu leiten. Die bzw. der Vorsitzende ist mit einfacher Mehrheit aus dem Kreis der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren zu wählen.

(2) Die Berufungskommission kann mit deren Zustimmung auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Künstlerinnen und Künstler), die sich nicht beworben haben, als

Kandidatinnen und Kandidaten in das Berufungsverfahren mit einbeziehen, sofern von diesen innerhalb von sechs Wochen nach Einladung durch die Berufungskommission zu Bewerbungsunterlagen vergleichbare Unterlagen zum persönlichen und wissenschaftlichen Werdegang beigebracht werden.

§ 5 Bestellung von Gutachterinnen und Gutachtern

- (1) Die Festlegung des Fachbereichs und der fachlich nahe stehende Bereiche für die gewidmete Stelle erfolgt durch das Rektorat im Einvernehmen mit dem Senat.
- (2) Stehen an der Donau-Universität Krems in dem Fachbereich oder der fachlich nahe stehenden Bereiche nicht mindestens drei Universitätsprofessorinnen oder Universitätsprofessoren zur Verfügung, so ist die Anzahl nach §7 DUK-Gesetz 2004 durch das Rektorat aus einem Vorschlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im erforderlichen Ausmaß zu ergänzen.
- (3) Die Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren des Senats haben auf Vorschlag der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren des Fachbereichs und der fachlich nahe stehenden Bereiche mindestens zwei Gutachterinnen bzw. Gutachter zu bestellen, davon mindestens eine externe Gutachterin bzw. einen externen Gutachter. Die Rektorin bzw. der Rektor kann eine weitere Gutachterin oder einen weiteren Gutachter bestellen.
- (4) Die Gutachterinnen und Gutachter müssen eine facheinschlägige Habilitation oder äquivalente Qualifikation besitzen.
- (5) Die Gutachterinnen und Gutachter sind verpflichtet, alle Umstände offen zulegen, die geeignet sind, begründete Zweifel an ihrer vollen Unbefangenheit zu begründen. Die bisherige Stelleninhaberin bzw. der bisherige Stelleninhaber kann nicht als Gutachterin bzw. Gutachter bestellt werden.
- (6) Die Gutachterinnen und Gutachter dürfen nicht Mitglieder der Berufungskommission sein. Sie können aber den Beratungen der Kommission als Auskunftspersonen beigezogen werden.
- (7) Die Gutachterinnen und Gutachter sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

§ 6 Erstellung der Gutachten

- (1) Die Berufungskommission hat zu überprüfen, ob die vorliegenden Bewerbungen die Ausschreibungskriterien erfüllen und jene, bei denen das nicht der Fall ist, vorab auszuschneiden.
- (2) Die fristgerecht eingelangten Bewerbungen sind von der bzw. von dem Vorsitzenden der Berufungskommission an die Gutachterinnen und Gutachter weiterzuleiten und diese mit einer gutachterlichen Beurteilung der Eignung aller Kandidatinnen und Kandidaten für die ausgeschriebene Stelle zu betrauen. Für das Erstellen der Gutachten ist eine Frist von drei Monaten zu setzen.
- (3) Werden mehr als 2 Gutachten eingefordert und liegen nach Ablauf der Frist von 3 Monaten 2 Gutachten vor, entscheidet die Berufungskommission auf Grundlage der vorliegenden Gutachten, andernfalls kann die Berufungskommission die Frist um einen Monat verlängern.
- (4) Macht der Rektor von seinem Recht Gebrauch, ein weiteres Gutachten einzufordern, kann das Verfahren erst nach Einlangung dieses Gutachtens fortgesetzt werden.

§ 7 Berufungsvorträge und Hearings

- (1) Die Berufungskommission erstellt unter Beachtung der vorliegenden Unterlagen und Gutachten eine Liste von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten. Diesen ist die Gelegenheit zu geben, sich in angemessener Weise zu präsentieren.
- (2) Die Präsentation („Berufungsvortrag“) der geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten ist universitätsöffentlich zugänglich. Die Termine sind in geeigneter Weise bekannt zu machen.
- (3) Darüber hinaus kann die Berufungskommission beschließen, weitere Gespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen („Hearings“). Die Rektorin bzw. der Rektor ist zu diesen Gesprächen einzuladen.
- (4) Die organisatorische Zuständigkeit für die Durchführung der Berufungsvorträge und Hearings liegt bei der bzw. dem Vorsitzenden der Berufungskommission.

§ 8 Erstellung des Besetzungsvorschlages und Auswahlentscheidung

- (1) Die Berufungskommission erstellt auf Grund der vorliegenden Bewerbungsunterlagen, Gutachten sowie der Berufungsvorträge und Hearings einen begründeten Besetzungsvorschlag, der drei für die Besetzung der ausgeschriebenen Stelle am besten geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu enthalten hat.
- (2) Der Besetzungsvorschlag kann gereiht oder ungereiht erstellt werden.
- (3) Ein Besetzungsvorschlag mit weniger als drei Kandidatinnen und Kandidaten ist besonders zu begründen.
- (4) Der Besetzungsvorschlag und sämtliche Unterlagen sind unverzüglich der Rektorin bzw. dem Rektor zu übermitteln. Ebenso sind der Senat und der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen vom Besetzungsvorschlag zu informieren.
- (5) Die Rektorin bzw. der Rektor trifft die Auswahlentscheidung aus den von der Berufungskommission vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten. Die Auswahlentscheidung ist dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen vor Aufnahme der Berufungsverhandlungen bekannt zu geben.

§ 9 Zurückverweisung des Besetzungsvorschlages

- (1) Die Rektorin bzw. der Rektor kann den Besetzungsvorschlag an die Berufungskommission zurückverweisen, wenn dieser nicht die am besten geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten enthält. Die Zurückverweisung ist zu begründen. Die Rektorin bzw. der Rektor hat darüber den Senat und den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen zu informieren.
- (2) Die Berufungskommission kann im Fall der Zurückverweisung einen neuen Besetzungsvorschlag erstellen oder unter Angabe der dafür maßgebenden Gründe einen Beharrungsbeschluss fassen.

§ 10 Wiederholung des Berufungsverfahrens

- Das gesamte Berufungsverfahren ist zu wiederholen, wenn
- die Berufungskommission auf der Grundlage des Anforderungsprofils und des Ausschreibungstextes zum Ergebnis kommt, dass keine geeigneten Bewerbungen vorliegen oder
 - die Berufungskommission beschließt, dass aufgrund der Bewerbungen ein Besetzungsvorschlag nicht erstellt werden kann oder
 - die Rektorin bzw. der Rektor einen Beharrungsbeschluss der Berufungskommission ablehnt oder

- die Berufungsverhandlungen mit den im Besetzungsvorschlag genannten Bewerberinnen und Bewerbern nicht positiv abgeschlossen werden können.

§ 11 Einbindung des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen

(1) Der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen ist zu allen Sitzungen der Berufungskommission einschließlich aller Berufungsvorträge und Hearings einzuladen und nimmt dort mit beratender Stimme teil. Er hat das Recht zur Einsichtnahme in alle Unterlagen der Berufungskommission einschließlich der Gutachten.

(2) Die Befugnisse und Rechte des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen werden insbesondere in §§ 42 Abs. 4 bis 9 und 98 Abs. 9 UG 2002 sowie im Satzungsteil "Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen" geregelt.

Für den Senat
Univ.- Prof. Dr. Michael G. Wagner, MBA
Vorsitzender des Senats